

(nur zum internen Gebrauch, nicht zum Zitieren.)

Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume –

Die Evangelische Kirche und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990

©Katharina Kunter

Vortrag Frankfurt Stadtsynode am 1.7.2015

Einen schönen Guten Abend – und ganz herzlichen Dank für die Einladung, hier mit Ihnen heute einige Gedanken zum Thema 25 Jahre Wiedervereinigung und Evangelische Kirche auszutauschen. Ich habe mich sehr gefreut, als ich diese Anfrage bekam – denn bislang hält sich die Evangelische Kirche in Deutschland ja auffällig im Hinblick auf einen eigenen Beitrag und eine eigene, historische Einschätzung des 3. Oktobers 1990 zurück.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich noch an den heißen Sommer 1990 vor der Wiedervereinigung erinnert; an die Offenheit der Geschichte, die da auf einmal vor allen ausgebreitet lag wie ein weites, blühendes Rapsfeld; an die aufgesperrte Grenze zwischen Thüringen und Hessen, an Erkundungstouren in Eisenach oder Weimar; in einem Land, das wie der warme Sommerwind heute abend stillstand. Ein Land, das nicht wusste, wohin es sich bewegen würde, eine DDR, in der nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 – also genau heute vor 25 Jahren – die eigene Währung nichts mehr galt, in der der Glaube an den Sozialismus gebrochen war und die aus Sicht des Westens bald abgewickelt

werden sollte. Und in der trotzdem keine aufgeregte Jugend am Ostseestrand das „Nein-Schild“ hochhielt und damit stolz ihr ungebrochenes Selbstbewusstsein der Welt entgegenstreckte. Nein, der „DDR-Exit“ ging ohne große soziale Unruhen, friedlich und sehr viel ruhiger seine Wege (was nicht heißt, dass die Umbrüche weniger schmerzhaft waren). Die überströmende Freude des 9. Oktobers 1989 auf der Seite der DDR-Bürgerrechtler/innen und die Freude über den Fall der Mauer am 9. November 1989 bei Ost und West lag zwar schon ein halbes Jahr zurück, und zwischen die Freude und die Aufregung über die politischen Veränderungen und neuen Möglichkeiten waren mittlerweile bei manchen Gefühle der Unsicherheit, der Angst und der Ernüchterung getreten. Auf das Ganze hingesehen jedoch, und das sicherlich vor dem Hintergrund der politischen Instabilitäten und Katastrophen, die wir seitdem erlebt haben und tagtäglich erleben, ist die Wiedervereinigung Deutschlands aber wohl doch erstaunlich gut geglückt (auch, wenn man besonders am Tag der griechischen Pleite und des 25jährigen Jubiläums der Währungsunion über die Intensität der „blühenden Landschaften im Osten“, über demographisch bedenkliche Verschiebungen in den östlichen Bundesländern und vieles andere streiten kann). So sahen 1990 auch viele einzelne Protestanten und Protestantinnen in Ost und West im Ende der DDR und in der Wiedervereinigung vor allem ein über menschlichen Verstand hinausgehendes großes Glück, eine große Freiheit und eine große Chance. Etwas anders sah es jedoch im Bereich der „verfassten Kirche“ aus, also in den evangelischen Kirchen in Ost und West. Sie gehörten damals zu denjenigen, denen es mit am schwersten fiel, Freude und Dankbarkeit über die friedliche Wiedervereinigung öffentlich auszudrücken – und es erinnern sich vielleicht noch einige an die Debatte um das „Einheitsglockenläuten“, die dafür

symptomatisch ist. In diese Richtung passte beispielsweise auch die abschließende Beurteilung der ersten neu gewählten, gesamtdeutschen Synode, die im Juni 1991 in Coburg zusammenkam und zu der das Kirchliche Jahrbuch lapidar festhielt:

„Dieser abschließende Akt wurde in Coburg ohne große Feierlichkeit begangen, ohne besondere Bekundungen der Dankbarkeit. Man wollte ganz bewusst die kirchliche Wiedervereinigung nicht zelebrieren. Nur die Grußworte aus verschiedenen Kirchen des Auslandes würdigten die Einmaligkeit der Situation.“¹

Man mag in der hier zum Ausdruck kommenden Distanz der evangelischen Kirchen gegenüber der politischen, aber auch gegenüber ihrer eigenen kirchlichen Wiedervereinigung eine grundsätzliche Skepsis des deutschen Protestantismus gegenüber allem politisch Neuem, vom Volk erkämpften erkennen – ich erinnere nur kurz an die evangelische Ablehnung der Weimarer Republik von 1918/9, aber auch an die breite protestantische Ablehnung der frühen Bundesrepublik. Im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands vor 25 Jahren kam aber noch ein weiterer Aspekt dazu, der sich vielleicht am ehesten als eine quasipsychologische Störung einer Beziehung deuten lässt, und die im Januar 1991 der damalige Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Peter Beier, als eine seiner bittersten Erfahrungen im deutsch-deutschen Miteinander kurz und knapp zusammenfasste:

„Es war eine Illusion anzunehmen, wir verstünden uns.“²

¹ Kirchliches Jahrbuch 1990/91, S. 330f. – Der hier vorliegende Text basiert auf meiner Habilitationsschrift „Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus 1980-1993, Göttingen 2006 sowie in Teilen auf Einsichten aus meiner Dissertation Die Kirchen im KSZE-Prozess 1968-1978, Stuttgart 2000. Dort finden sich ausführliche weitere Quellen- und Literaturverweise.

² Zitiert nach W. Hüffmeier, Kirche als deutsch-deutsche Lerngemeinschaft, S. 162.

Doch was war eigentlich damals genau passiert, dass man zu so einer Aussage kommen konnte? Lässt sich dieses unguete Gefühl beim kirchlichen Blick auf die Wiedervereinigung, das häufig in zeitgenössischen evangelischen Quellen zum Ausdruck kommt, heute vielleicht längst historisieren? Und kann diese Historisierung nicht nur die Deutung der Vergangenheit verändern, sondern auch Raum für neue Fragen und Perspektiven in der Zukunft eröffnen? Das sind die Fragekreise, die ich heute ansprechen möchte und bei denen ich gespannt auf Ihre Erfahrungen und Anmerkungen bin.

Zunächst möchte ich Sie dazu aber gerne auf ein paar exemplarische Schauplätze der kirchlichen Zeitgeschichte von 1990 mitnehmen: nämlich zum einen 1) auf die offizielle, kirchenleitende Ebene von EKD und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, dann hinein 2) in die Gruppen und zu den Aktivisten, die sich besonders stark für den Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einsetzen und schließlich will ich Sie mitnehmen an die 3) kirchliche Basis der Ost-West oder deutsch-deutschen Gemeindeparterschaften.

Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass in den evangelischen Kirchen in Ost und West seit dem Herbst 1989 große Skepsis, mitunter sogar Furcht, gegenüber den immer häufiger in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen nach der politischen Wiedervereinigung Deutschlands überwog. Um nähere Einzelheiten und grundsätzliche Fragen zu klären, trafen sich daher vom 15. bis 17. Januar 1990 Vertreter von EKD und dem Bund Evangelischer Kirchen in der DDR zu einer Klausurtagung mit intensiven persönlichen Gesprächen und gemeinsamen Diskussionen in der Evangelischen Akademie Loccum³. Glaubte

³ Vgl. hierzu und im folgenden R. Henkys, Weg zu einem neuen Miteinander; Interview von „Glaube und Heimat“ mit Bischof Leich, in: KiS 16 (1990), S. 9 f; den Bericht Leichs auf der 1. Tagung der VI. Synode des BEK vom 23.–25.2.1990 in Berlin, in: Evangelisches Zentralarchiv (=EZA) 688/109 sowie die Kommentare und

man Zeitzeugenberichten, gab es hier bereits eine angespannte Atmosphäre. Von fast lupenreiner Freude auf westdeutscher Seite, jedoch von gelegentlich irritierender, spröder Zurückhaltung auf DDR-Seite berichtete etwa der sächsische Bischof Johannes Hempel⁴. Andere Stimmen äußerten Betroffenheit über die geringe Vorbereitung der Konferenz der Kirchenleitungen oder sprachen von einer Überrumpelung der DDR-Kirchenvertreter durch die westlichen „Brüder“⁵. Axel Noack, Pfarrer in der Kirchenprovinz Sachsen betonte, dass die DDR-Teilnehmer nicht vermitteln konnten, dass nicht ausschließlich Zwang und Druck das kirchliche Leben des Kirchenbundes in der DDR bestimmt hätten, sondern auch theologische Verantwortung⁶. Die Tagung endete mit einer gemeinsamen Stellungnahme, der sogenannten *Loccumer Erklärung* vom 17. Januar 1990. Diese sprach sich für eine gemeinsame deutsch-deutsche Kommission aus, die die sich in unmittelbarer Zukunft bilden und dann der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland organisatorisch eine angemessene kirchliche Form verleihen sollte.⁷

Der geschlossene Charakter der Loccumer Tagung und die von vielen als deutliche Orientierung hin auf eine kirchliche Wiedervereinigung gedeutete Abschlusserklärung riefen jedoch rasch Widerspruch hervor. Am deutlichsten formulierte diesen die *Berliner Erklärung von Christen aus beiden deutschen*

Stellungnahmen in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V./Theologische Studienabteilung beim BEK (Hg.), Die gemeinsame Abschlusserklärung. Siehe auch G. Besier, Höhenflug und Absturz, Berlin 1995, S. 463–470. Vgl. Wortmeldung Hempels zum Bericht von Bischof Leich auf der 1. Tagung der VI. Synode des BEK vom 23.–25.2.1990 in Berlin, in: EZA 688/109, S. 12.

⁵ So F. Mahlburg, Die Rolle der Kirche im Aufbruch der DDR, in: Junge Kirche 51 (1990), S. 228–325.

⁶ In: Synodenbericht der 1. Tagung der VI. Synode des BEK vom 23.–25.2.1990 in Berlin, in: EZA 688/109.

⁷ Der Textentwurf wurde von der Vierergruppe Bischof Christoph Demke, OKR Helmut Zeddies, Präses Jürgen Schmude und Landesbischof Horst Hirschler formuliert. Vgl. H. Hirschler, Die Kirche wird am Markt gebraucht, in: U. Hahn (Hrsg.), Protestantismus – wohin? 10 Jahre wiedervereinigte Evangelische Kirche in Deutschland, Neukirchen-Vluyn, S. 129. Der Text der Loccumer Erklärung, u.a. in: epd-Dokumentation Nr. 12/1990, S. 1.

Staaten vom 9. Februar 1990⁸. Die Unterzeichner Ulrich Duchrow, Heino Falcke, Joachim Garstecki und Konrad Raiser, zählten zu jenen Theologen, die sich seit Beginn der achtziger Jahre besonders zunächst im Kontext der kirchlichen Friedensbewegung und dann seit der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 für die Ziele und die entsprechende Breitenwirkung des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in den Kirchen und Gruppen eingesetzt hatten und die nun gerade unter Berufung auf die Lernerfahrungen des konziliaren Prozesses auf die Gefahren einer zu schnell etablierten Normalität zwischen beiden deutschen Kirchen, der Verdrängung der eigenen Geschichte und der Ausblendung des europäischen Kontextes hinwiesen. Darüber hinaus warnten sie ausdrücklich vor einer irreführenden Alternative von Kapitalismus und Sozialismus, denn es sei gerade im konziliaren Prozess unübersehbar geworden, dass beide Systeme nicht in der Lage gewesen seien, die Fragen des Überlebens der Menschheit und der Erde zu beantworten. Gegen diesen linksprotestantischen und zivilisationskritischen Ansatz wandte sich dann kurze Zeit später deutlich Richard Schröder, Dozent für Philosophie am Ostberliner Sprachenkonvikt und SPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer⁹. Er äußerte unterschiedliche Kritikpunkte, auf die ich hier nicht alle eingehen kann. Doch widersprach er eindeutig auch dem zeitlichen Argument der Berliner Erklärung, nämlich, dass eine Vereinigung beider deutscher Staaten keinen Raum mehr für die „notwendige Trauerarbeit“ übrig lasse. Das stimme so nicht, sagte Schröder, denn Erfahrungen bewährten sich immer nur in Erfahrungen, und darüber hinaus sehe er die zurückliegenden Lernerfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus eher als traurige Erfahrungen mit einigen

⁸ In: epd-Dokumentation Nr. 12/1990, S. 17–21.

⁹ R. Schröder, Naturschutzpark für DDR-Identität?, in: KiS 16 (1990), S. 46-50.

Lichtblicken, die jedoch nicht Anlass zur Trauerarbeit böten, sondern eher zur Reue. Sein Fazit formulierte er absichtlich polemisch und überspitzt: „Eine künstliche festgehaltene ‚DDR-Identität‘ ist, genauer gesehen, bloß moralischer Provinzialismus und weder christlich noch vernünftig.“

Doch mit der „künstlich festgehaltenen DDR-Identität“ war es tatsächlich gar nicht so einfach. Denn nach dem für viele westliche Beobachter völlig überraschenden Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahlen waren aus protestantischen DDR-Kreisen deutlicher ablehnende und enttäuschte Stimmen zu hören. Zwar hatten sich im Juni 1990 insgesamt 78 Prozent der DDR-Bevölkerung für die Vereinigung ausgesprochen und 25 Prozent der evangelischen Bürger und Bürgerinnen hatten den unverzüglichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes befürwortet¹⁰.

Doch die Gegenstimmen waren lauthals vernehmbar:

„Heißt ‚Beitritt‘ nicht: die einen sind in ihrer gewachsenen Identität grundsätzlich in Frage gestellt, während die anderen in ihrer grundsätzlichen Identität bestätigt sind?“, fragte etwa der Rostocker Pfarrer Fred Mahlburg¹¹. In ähnlichem Duktus äußerte Friedrich Schorlemmer, dass das „Volk“ dem mutigen Einsatz und konsequenten Wirken der Bürgerrechtsbewegungen „eine tief beschämende, politisch unqualifizierte Absage“ erteilt habe¹². Interessant ist, dass zur gleichen Zeit Zeitungen, Meinungsumfragen und interne Berichte den deutlichen Rückgang öffentlichen Interesses an der Kirche aufzeigten;

¹⁰ Vgl. „Ergebnisse des unabhängigen Ostberliner Instituts für Friedens- und Konfliktforschung“ im Juni 1990, zum Teil u.a. in: Rheinische Post, 4.8.1989. An dieser Stelle wird auf ein weiteres Resultat der Meinungsforscher verwiesen. Demnach fühlten sich in der Regel Kirchenmitglieder stärker als konfessionell ungebundenen Menschen schon jetzt (Juni 1990) als spätere Bundesbürger – diese Beobachtung wäre der weiteren Untersuchung wert.

¹¹ „Zwischenruf“. In: JK 51 (1990), S. 681.

¹² Hierzu und im Folgenden F. Schorlemmer, Nach(t)gedanken zum Gründonnerstag 1990, in: Ders., Träume und Alpträume, Einmischungen 1982-1990, München 1993, S. 167-175.

Wiedereintritte in die evangelische (und katholische) Kirche gab es kaum.¹³ Dies überraschte nicht zuletzt die Beobachter der Bundesrepublik¹⁴ und man kann vor diesem Hintergrund kritisch festhalten, dass selbst eine so herausragende öffentlichen Rolle wie die der Evangelischen Kirchen in der DDR im Herbst 1989 offensichtlich nicht „reichte“, um Säkularisierungsprozesse wirksam aufzuhalten und einer Rechristianisierung der DDR-Gesellschaft Bahn zu brechen.

Zu den Enttäuschten dieser Zeit gehörten auch zahlreiche im konziliaren Prozess Engagierte. Schon der Streit um das Glockenläuten für die deutsche Einheit und die innerkirchliche Kontroverse um den theologischen Schwerpunkt der „Einheitsgottesdienste“¹⁵ waren ein symbolischer Ausdruck des tiefen Unbehagens und der Ängste, die am Vorabend der Wiedervereinigung zahlreiche evangelische Christen beherrschten. Als am 3. Oktober 1990 mit dem offiziellen Feierakt in Berlin die Wiedervereinigung Deutschlands formell vollzogen wurde, sprach der in der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* engagierte Reinhard Voss (West) in seinem Tagebuch sogar von einer „kalten Exekution“:

„Ich erlebte sowohl die deutsche Vereinigung als auch den zweiten Golfkrieg wie selbtherrliche Vergewaltigungen und kalte Exekutionen, überdeckt durch die wohlfeile Sprache der ökonomisch und politisch Mächtigen, von

¹³ Siehe hierzu den Vermerk vom 29.3.1990, in: EZA 101/93/2425.

¹⁴ So betonte etwa der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Demke, auf der Bundessynode im September 1990, dass in breiten Bevölkerungskreisen die Kirche als Vertrauensträger gründlich angeschlagen sei, siehe: „Bericht über die KKL und die Bundessynode“, 21.–25.9.1990 in Leipzig, in: EZA 688/87; vgl. ebenso „Weniger Christen als bislang angenommen“, in: Rheinische Post, 4.8.1990. Die von dem Ostberliner „Unabhängigen Institut für Friedens- und Konfliktforschung“ durchgeführte Untersuchung betonte, dass inzwischen weniger als ein Viertel der DDR-Bevölkerung (22, 5%) zur evangelischen Kirche gehöre, während die Kirche selbst dagegen noch von einem Drittel ausgehe.

¹⁵ Vgl. etwa die Ausführungen Kruses auf der Bundessynode im September 1990 zur Entscheidung für einen zentralen ökumenischen Gottesdienst am 3.10.1990 in: EZA 688/87 oder die Überlegungen in der KKL zum Gottesdienst in der Berliner Marienkirche vom 31.8./1.9.1990, in: Ebd.

deren Gnade und Rücksicht Wohl und Wehe der Gegenseite abhinge. (...) Die Vollendung der staatlichen Einheit – warum will und kann ich sie weder in evangelischen noch katholischen noch in ökumenischen noch in Fernseh-Gottesdiensten mit-feiern? Wohl, weil ich ihrer machtverordneten Vorgabe misstrauere. (...) Mein Herz ist bei denen, die schon wieder im Abseits stehen: bei Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß, Bärbel Bohley und Wolf Biermann, Christof Ziemer und Heino Falcke.¹⁶

Das Unbehagen in diesen Gruppen blieb – auch auf einer Versammlung vom 20./21. April 1991, zu der 100 kirchliche Basisgruppen aus Ost und West aus dem konziliaren Prozess gekommen waren. In seiner Eröffnungsrede sprach Pfarrer Ziemer davon, dass die „Einheit, die WIR meinen“, nicht die sei, die man bekommen habe und lud die Zuhörer und Zuhörerinnen zu einer Zustandsbeschreibung gegenwärtiger christlicher Existenz im Osten Deutschlands ein:

„Wir haben die Einheit ohne den dazu notwendigen tiefreichenden Erneuerungsprozess bekommen und stecken darum jetzt in einer Krise, die uns innerlich und äußerlich schlicht überfordert. Unser Seelenzustand ist entsprechend desolat: Die aufgestaute Wut darüber, von den gestrigen Machthabern missbraucht worden zu sein und schon wieder abhängig und unfrei zu werden durch die viel subtilere Herrschaft des Geldes, zumal wenn sie von den alten Potentaten verwaltet wird, die kaum verhohlene Angst, von der eigenen Vergangenheit denunziatorisch eingeholt zu werden und in eine unwägbare Zukunft entlassen zu sein, das geistige Vakuum, das das alte Regime hinterlassen hat und das sich als massive Identitätskrise in vielen

¹⁶ R. Voss, *Lebe so, dass man dich fragt*, Hildesheim 1992, S. 170.

manifestiert ... all das macht die latente Unsicherheit und Aggressivität unseres kollektiven Bewusstseinszustandes aus.¹⁷

Wie zutreffend Christof Ziemer mit dieser Analyse den Seelenzustand zahlreicher ostdeutscher Christen erfasste, zeigte sich rasch in den über 60 Gesprächskreisen der Erfurter Versammlung. Hier stand die häufig bittere und peinigende Auseinandersetzung über unterschiedliche Sozialisationen, Verhaltensmuster und Überzeugungen in den beiden deutschen Staaten im Zentrum.¹⁸ Dabei wurden durchaus Konflikte und unterschiedliche Sichtweisen deutlich: So brachen etwa in einem Forum, das die Partnerschaft mit der Sowjetunion fördern wollte, heftige Ost-West-Kontroversen auf¹⁹: Viele in Friedensgruppen der DDR engagierte Ostdeutsche empörte es, dass die entsprechenden westdeutschen kirchlichen Friedensgruppen in der Versöhnungsarbeit mit den damals in Osteuropa Herrschenden Kontakte und Zusammenarbeit gesucht hatten. Dieses Vorgehen hätte für Misstrauen über die Motive und Ziele kirchlicher Versöhnungsarbeit gesorgt. „Man konnte damals nur eines haben: Kontakte mit oben oder Kontakte mit unten“, äußerte sich eine Mitarbeiterin von Aktion Sühnezeichen (Ost) erbost. „Ihr seid zu denen gegangen, die uns bespitzelten und unterdrückten.“²⁰ Die leisen, nachdenklichen Überlegungen gingen dabei in Erfurt fast unter. So fragte beispielsweise eine Pfarrfrau aus dem Erzgebirge, ob man sich in der DDR nicht etwas vorgemacht habe, „als wir vor dem Fall der Mauer meinten, wir

¹⁷ Christof Ziemer auf der Ökumenischen Versammlung Erfurt 1991 "Einheit, die WIR meinen" in: Dokumentation des Ökumenischen Informationsdienstes Nr. 2/91, IV.

¹⁸ Dabei zeigte sich in mehreren Zeitzeugengesprächen, dass Teilnehmer aus dem damaligen Westdeutschland Erfurt 1991 als besonders „unangenehm“ und „mislungen“ erinnerten.

¹⁹ H. Wagner, Harte Brocken auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfungsbewahrung, in: Pax Christi 43 (1991), S. 18f..

²⁰ Ebd.

kritischen Minderheiten wären sehr stark verankert in der Bevölkerung? Sind wir seither nicht wieder unter Schmerzen auf unseren tatsächlichen kleinen Ist-Stand zurückgeschrumpft?“²¹

Aber so aufrichtig diese Aussage war – Trost und Ermutigung für neue Schwerpunkte und gemeinsame deutsch-deutsche Aktivitäten im konziliaren Prozess brachte sie nicht. Dazu fühlten sich nun auch die westdeutschen Teilnehmer und Teilnehmerinnen von der politischen Wiedervereinigung überrannt, um eigene Visionen betrogen und nun zusätzlich noch den Vorwürfen und dem Unverständnis der DDR-Christen und Christinnen ausgesetzt. So jedenfalls formulierte die Schwäbin Marie Dilger in einem weiteren persönlichen Zeugnis ihre eigenen Eindrücke:

„Wir sind *nicht das Volk*. In Ost- und Westdeutschland sind die Menschen des konziliaren Prozesses eine schmale Außenseiterminderheit. Zudem sind wir untereinander getrennt. Obwohl wir *eine* Sprache sprechen, habe wir uns zwischen Ost und West oft nicht verstanden, weil manche Wörter einen belasteten, fast schmutzigen Klang haben. (...) Was sollen wir verlorenes Völklein von Außenseitern erreichen? (...) Wir wollen lieber ein Deutschland, in dem Kinder, Bäume und Ideen wachsen als eines, in dem nur Aktienkurse steigen. Wir wollen lieber ein Deutschland, das für vielerlei Menschen und Kulturen Heimat ist, als eines, das in ordentlicher Biedermeierlichkeit alles Fremde fürchtet und alle Fremden das Fürchten lehrt. Wir wollen lieber ein Deutschland, das sein Wissen bei der Rettung der Meere, der Luft und der Erde einsetzt als eines, das wirtschaftlich und militärisch mit den USA um Weltranglistenplatz 1 wetteifert.“²²

²¹ Vgl. T. Seiterich, Was eint? Was trennt? In: Publik-Forum Nr. 9 vom 3.5.1991, S. 16.

²² Marie Dilger, Ebd. S. X f. ebenfalls in: Pax Christi 43 (1991), S. 23.

Die Störung im Miteinander war neben den Gruppen auch auf der Ebene der deutsch-deutschen Gemeindeparterschaften greifbar. Hatten diese zunächst beispielsweise große Freude an der Maueröffnung, den ersten gegenseitigen Besuchen, gemeinsamen Gottesdiensten und Feiern, so traten nun Differenzen in den bis dahin gemeinsam erlebten deutsch-deutschen Vorstellungen zu einer gerechteren und friedlicheren Welt offen zutage.

Der Zusammenbruch unterschiedlichster Lebensplanungen, Unsicherheiten, Ängste und Depressionen auf der einen Seite, ebenso wie aufreibende Initiativen und politisches Engagement auf den unterschiedlichsten Ebenen ließen in den Gemeinden viele vorherige Aktivitäten unwichtiger erscheinen. Das betraf vor allem die deutsch-deutschen Partnerschaften zwischen Gemeinden oder Arbeitskreisen. Immer öfter hörte man nun in kirchlichen Kreisen die Feststellung, dass Kontakte, die vor dem Fall der Mauer gut funktionierten, jetzt plötzlich schwierig werden oder abbrechen. „Ein Graben also statt der Mauer?“ lautete die Anfrage eines Beobachters²³.

Exemplarisch lassen sich diese Spannungen an der Gemeindeparterschaft zwischen der Samaritergemeinde (Friedrichshain/Ostberlin) und der Zufluchtsgemeinde (Spandau/Westberlin) verdeutlichen. Zunächst galt der Stolz der Spandauer Gemeinde Pfarrer Rainer Eppelmann, dessen Wirken in seinem neuen Amt als Minister für Abrüstung und Verteidigung in der ersten frei gewählten Volkskammer von 1990 anfangs als bedeutende Einlösung des Friedensengagements gewertet wurde. Dass aber nun durch die Fusion von Demokratischen Aufbruch und CDU Eppelmann der CDU angehörte, stieß in der Westberliner Partnergemeinde auf Unverständnis. Dies käme einem Verrat an vermeintlich gemeinsam geteilten Idealen und Visionen gleich, wie ein Brief der

²³ H. Wagner, Harte Brocken.

Spandauer an die ostdeutschen Partnergemeinden vom 29. März 1990

verdeutlichte:

„Gibt es wirklich nichts an und in der DDR, was wert ist, erhalten zu bleiben? Ist es gut, dass schon bei den Wahlen am 18. März eher Brandt und Kohl als Böhme und Eppelmann gewählt werden? Viele von uns sind traurig darüber, wie sich die Partei entwickelt, die Rainer mitbegründet und in der er eine führende Stellung hat. Sie verbündet sich mit der CDU bei uns, die das, was wir gemeinsam wollten, immer bekämpft hat. Wir wünschen uns auch die deutsche Einheit, aber wir hoffen, dass sich dabei die Bundesrepublik auch verändert, dieses Deutschland ein Hort des Friedens und der Gerechtigkeit wird, besonders gegenüber den Ländern der 2/3 Welt. Die Entwicklungen, die wir sehen, laufen allerdings leider in eine ganz andere Richtung und es scheint kaum noch eine Möglichkeit zu geben, diesen Zug aufzuhalten. (...) Wir hoffen, dass Ihr uns begleitet mit Euren Gedanken, mit mutmachenden Worten und Euren Besuchen, damit unsere Freude über den Abbau der Grenzen nicht in Traurigkeit verkehrt wird über die verpasste Chance ein „Neues Deutschland“ zu schaffen. Wir brauchen Euch in diesen Tagen des Glücks mehr denn je.²⁴

Angesichts der großen psychologischen Belastung überstanden viele deutsch-deutschen Partnerschaften das Jahr 1991 nach der Euphorie der ersten Besuche nicht mehr (im Gegensatz übrigens zu den zahlreichen ostdeutsch-niederländischen Gemeindekontakten, die die „Wende“, wie man die Friedliche Revolution damals noch nach einem Zitat von Egon Krenz nannte, gut überstanden, und von denen ein Großteil heute noch gut „funktioniert“).

²⁴ Vgl. hierzu den Brief der Gruppe Frieden und Partnerschaft der Evangelischen Zufluchtsgemeinde vom 29.3.1990 an die Partnergemeinden, in: Gemeinearchiv Samaritergemeinde/Berlin.

Nur diejenigen, deren gemeinsame Partnerschaft schon auf eine gewachsene und eigenständige Geschichte zurückblicken konnte und die selbstbewusst genug waren, die Krise konstruktiv zu lösen, hatten die Chance, ihre Kontakte in die neunziger Jahre hinüber zu retten.

Ähnlich wie die Gemeindepартnerschaften erlebte auch das Engagement im konziliaren Prozess nach der Wiedervereinigung einen radikalen Aderlass. Im Osten gelang es nicht mehr, neue Leute für die Fortführung des konziliaren Prozess zu gewinnen. Dabei spielte sicherlich auch eine Rolle, dass besonders engagierte kirchliche Teilnehmer der Ökumenischen Versammlungen in der DDR inzwischen in neue Positionen in Öffentlichkeit und Politik abgewandert waren. Zudem ließen die drängenden persönlichen Neuorientierungen vielen keine Zeit mehr für kirchliche Aktivitäten. Diejenigen, die sich dennoch dem konziliaren Prozess verpflichtet wussten und weitere Aktivitäten anzustoßen versuchten, bildeten und blieben eine Minderheit.

Dahingegen hatten sich drei Jahre nach der Wiedervereinigung dann auf der politischen Ebene in der neuen Bundesrepublik diesselben evangelischen Akteure durchgesetzt und etabliert, die bereits während der Ökumenischen Versammlungen in der DDR mit ihren realpolitischen Vorstellungen die Abfassung des Textes *Mehr Gerechtigkeit in der DDR* bestimmt hatten. Dazu gehörten beispielsweise Richard Schröder, Markus Meckel, Günter Nooke, Rainer Eppelmann.

Die Vertreter eines stärker zivilisationskritischeren, eines stärker utopisch-theologischen Ansatzes, man kann hier Schorlemmer, Ziemer, Falcke nennen, blieben – wie bereits 1988/89 – in der Minderheitenposition und begleiteten von dieser her mit einem kritischen, im Duktus aber auch häufig resignativen

Blick die weiteren Entwicklungen in der Bundesrepublik. Aufgrund ihrer rhetorischen Begabtheit, ihrer charismatischen Persönlichkeiten und ihrer medialen Präsenz prägten sie allerdings das Bild und die vermeintliche Stimmungslage des Protestantismus im Osten stärker, als es der Realität entsprach.

Es hat im Rückblick eine gewisse Tragik, dass just in dem Moment, als die evangelische Kirche in der DDR im Herbst 1989 ihren Ort mitten in der Gesellschaft erkannte und sich an die Seite von Gruppen, Montagsdemonstrierenden und dem Volk stellte, sie sich zum ersten Mal seit der Gründung der DDR insbesondere im Vergleich zu den westdeutschen Kirchen als ein selbstbewusst artikulierender DDR-Protestantismus erfuhr. Andersherum fühlten sich auch diejenigen Protestanten aus der Bundesrepublik bestärkt, für die das Konzept von Kirche im Sozialismus als einer reinen Bekenntniskirche in einer säkularen Umwelt seit einigen Jahren das interessantere kirchenreformerische Modell der Zukunft zu sein schien. Die Wiedervereinigung wurde vor allem deshalb als eine „Störung“ empfunden – und diese „Störungsgefühle“ reichen noch bis in die Gegenwart hinein.

25 Jahre später lässt sich allerdings die schwierige emotionale Situation während der Wiedervereinigungszeit sehr viel besser als eine postsozialistische Transformationserfahrung (die auch die anderen evangelischen Kirchen in den ehemals kommunistisch regierten Staaten gemacht haben) deuten und nachvollziehen. Bei der Bewältigung und Unterstützung dieser hat der Westen, und da schließe ich die evangelischen Kirchen in der alten Bundesrepublik ausdrücklich mit ein, nicht immer eine konstruktive Rolle gespielt – wie er auch grundsätzlich die Aufarbeitung der Vergangenheit gerne dem Osten alleine

überlassen hat (so anerkennenswert es auch ist, dass die EKHN sogar eine eigene Studie zur Westarbeit der Stasi in der EKHN beauftragt hat).

Aber mit dem historischen Abstand von 25 Jahren liegen auch ganz andere Themen auf dem Tisch: Wie war das denn mit der Ostpolitik der SPD – und der evangelischen Kirchen? Müssen wir da nicht auch aus dem Westen mit einem viel kritischeren Blick zurück in unsere eigenen Vergangenheit schauen, wenn heute beispielsweise im Hinblick auf die Situation in der Ukraine und der Positionierung gegenüber Russland eine neue Ostdenkschrift der EKD gefordert wird? Denn die kirchliche Ostpolitik der EKD und der westdeutschen Landeskirchen hatte durchaus ihren Preis – sie schloss Kontakt mit weniger angepassten Christen und Dissidenten aus und setzte statt dessen auf den systemstabilisierenden Entspannungs- und Friedensdialog. Und kritisch müssen wir heute wohl auch fragen, ob der Dialog zwischen Ost und West nicht manchmal politisch verharmlosend war und die Asymmetrie der Beziehungen verkannte; nämlich, dass die einen in einer Diktatur lebten und die anderen in einer freien Welt?

Haben Kirchenvertreter aus dem Westen nicht zu oft Alltag und Lebensumstände in den sozialistischen Ländern von außen überhaupt nicht richtig erfassen können, und überhaupt: Ist das nicht eine ganz grundsätzliche Frage, wenn wir ökumenische Partnerschaften und Beziehungen mit „Alltagsfaktor“ eingehen: Wie nah kann man als ein Christ oder eine Christin aus dem freien Westen der Alltagserfahrung eines Christen oder einer Christin aus einer Diktatur kommen? Können wir da aus den deutsch-deutschen Beziehungen und Begegnungen nicht noch viel mehr lernen; auch darüber, wie man wirklich solidarisch sein kann und mit Kontakten ein Fenster in die Freiheit eröffnen kann?

Und schließlich muss einen die Frage beunruhigen: Wie schafft es Kirche, an der Seite des Volkes zu stehen, Teil einer dynamischen Zivilgesellschaft zu sein – und inwiefern waren die Skepsis und die Zurückhaltung der evangelischen Kirchen gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands, von der ich anfangs sprach, auch Ausdruck einer enormen Marginalisierung, die gerade nicht mehr im Kontakt mit einem breiten Mainstream bürgerlicher Empfindungen und Ansichten war, sondern sich ein eigenes, moralisch sehr hochstehendes Ethos zugelegt hatte, das dann aber schließlich verhinderte, „dankbar“ zu sein und im Sinne des Psalm 100 zu erkennen, dass der Herr Gott ist – und dass nicht wir selbst uns zu seinem Volk und zu Schafen seiner Weide gemacht haben. Man muss das nicht mit der Formulierung des Darmstädter Wortes von 1947 als „Wir sind in die Irre gegangen“ bezeichnen, aber ich denke wohl schon, dass eine selbstkritische Reflexion über die Rolle der evangelischen Kirche im Wiedervereinigungsprozess uns hier in Frankfurt um den 3. Oktober 2015 herum gut anstünde.

©Katharina Kunter

Kommentare und Hinweise gerne an [katharina.kunter\[at\]gmx.de](mailto:katharina.kunter@gmx.de)